

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr gegen den Preis von 2,- RM. Einzelnummern 1,- RM. Die Postzeitung kostet 1,- RM. Die Postzeitung kostet 1,- RM. Die Postzeitung kostet 1,- RM.

Angelagerter: die Kegelstraße Nummer 20, Wilsdruff. Die Kegelstraße Nummer 20, Wilsdruff. Die Kegelstraße Nummer 20, Wilsdruff.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruffes Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 102 — 91. Jahrgang Telegr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 2. Mai 1932

Parteiaufmarsch in Frankreich

Wenn der französische Ministerpräsident Lardieu verschiedenen Wahlkampfreden es nicht an mehr oder weniger scharfen „Spitzen“ gegen Deutschland fehlen und schließlich bei seiner letzten Wahlpropaganda sich gar eine Verdächtigung gegen die Festigkeit der deutschen Währung leistete, so kann man wohl schon aus dem Auftreten dieser „offiziellen“ Persönlichkeiten einige Rückschlüsse darauf ziehen, wie und mit welchen Argumenten die Wähler, weniger prominenten Wahlredner in Frankreich gearbeitet haben. Für Lardieu, den Führer einer politisch rechts eingestellten Kammermehrheit, die seit dem Abtritt Herriots die parlamentarische Verantwortung trug, und ist innerpolitisch die Sozialistische Partei der Gegner gewesen, war es auch vor den Wahlen und bis zu dem 8. Mai, dem Tage der Stichwahlen, die endgültige Entscheidung darüber fällt, wie sich die neue Deputiertenkammer zusammensetzen wird. Dabei spielte die Sozialistische Partei eine nicht unerhebliche Rolle, die in England und in Deutschland politisch abgegrenzt ist und darum bei den verschiedenen Wahlen große Verluste erlitten hätten. Aber in Frankreich liegen die Dinge doch insofern anders, als hier die Sozialistische Partei den eigentlichen Kern der Opposition darstellt, während die mehr zur Mitte gehörenden Radikalsocialisten meist eine oft bis zur Tolerierung überhöhte Stellung gegenüber den verschiedenen Parteien der letzten vier Jahre beobachteten. Die jetzt eine überaus zehrende parlamentarische Deputiertenkammer hat, während ihre im Jahre 1924 geübte Vorgängerin eine Mehrheit ergeben hatte, so ist — allerdings nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit — auch das Ministerium Herriot das Steueruder des französischen Staates sein konnte. Die wirtschaftlichen und insbesondere die Handelsverhältnisse, die nach einer gründlichen Reform gerade in Frankreich, haben dann aber ein Konjunktionsministerium, „Union sacrée“, die „heilige Eizigung“ erzogen, so daß das Ministerium Herriot nur eine heute kaum noch erwähnte Episode geblieben ist.

Herriot selbst hat sich seitdem politisch stark nach rechts hin entwickelt, und wir Deutsche wissen aus zahlreichen seiner Reden nur allzu genau, wie sich seine außenpolitischen Ansichten, insbesondere die der Tribut- und Kriegsschuldenfrage, noch nur in dem Rahmen von der Politik der Laval, Lardieu, Briand usw. unterscheiden hat. Das zu zeigen hat er besonders vor einem Jahre nicht verstanden, als der deutsch-französische Zollunionsplan die Wogen der Erregung in Frankreich hochschickte. Herriot hat in betont scharfer Weise sich damals mit der antideutschen Politik Laval-Briand identifiziert, und zwar in Form, die recht vielen Deutschen erst die Augen über Herriot geöffnet haben; An bei uns betrachtete man ihn in weiten Kreisen als einen Mann, der für eine wirkliche deutsch-französische Verständigung eintreten würde. Das muß gerade jetzt wieder als ein großer Irrtum bezeichnet werden, nur vor dem ersten Wahlgang hat er es in inneren Kreisen noch bestritten, daß die Welt in den letzten Jahren sich mehr und mehr von dem Friedensdiktator entfernt habe, — aber auch er verlangt ausdrücklich eine Stabilisierung des von den „Friedensverträgen“ 1919 geschaffenen Zustandes in Europa durch Einführung in die Einigung von „Garantien“. Also von alten Bündnissen zwischen den Nutznießern dieser „Friedensverträge“. Das ist ein seit 1919 immer wieder angelegtes Ziel der französischen Politik gewesen, und da führt eine gerade Linie von Clemenceau-Poincaré-Briand-Lardieu zu Herriot.

Ebenso sprach Herriot angeblich oder offiziell politisch „links“ eingestellte Kreise über die Politik Frankreichs, die „verdrängten Rechte“ zu wahren, also nichts oder doch grundsätzlich nichts von dem aufzugeben, was der Youngplan an Rechten dem französischen Staat zuspricht. Das hat er auch noch in der großen Rede ganz unzweideutig erklärt, die er bei Amtsantritt des Kabinetts Lardieu in der Kammer gehalten hat, im Wahlkampf hat er das alles mit der gleichen Deutlichkeit wiederholt. Und uns Deutsche kann in der Beurteilung der außenpolitischen Ansichten Herriots auch seine Verbengung nicht beirren, die er uns gegenüber mit dem Zusatz machte, die schwierige Lage des deutschen Volkes müsse bei den kommenden Reparationsverhandlungen „in Rechnung gestellt“ werden. Das hat Lardieu auch schon ein paarmal gesagt, doch rief er aus, als man ihm wegen dieser Verdrängung der deutschen Lage nun in Genf näher auf den Leib rühte und ihn verurteilen wollte, darüber „Hals zu geben“. Abtrotzig verfuhr Herriot im Wahlkampf; denn auch innenpolitisch scheint er mit Lardieu insofern an einem Strang zu ziehen, als der jetzige französische Ministerpräsident zu einem gewissen Grade auf eine Konzentration der Regierung — also unter Verdrängung der verschiedenen Parteien — auf einer scharfen Distanzierung gegenüber der ausgeübten Rechten und Linken hinzielt. Und Herriot ist auch während des Wahlkampfes der Verbündete von Lardieu gewesen. Aber erst die Ergebnisse der Stichwahlen werden hierüber das wirkliche Geschehen offenbaren.

Die Millionen zur Arbeitsbeschaffung.

Das Reichskabinett wieder an der Arbeit.

Vor weittragenden Beschlüssen. Reichsminister Dr. Brüning ist aus Genf wieder in Berlin eingetroffen. Sofort nach seiner Ankunft begab sich der Kanzler zum Reichspräsidenten und erstattete ihm über die Entwicklung der Genfer Verhandlungen Bericht. Anfang der Woche werden die durch die Genfer Reise Brünings unterbrochenen Beratungen des Reichskabinetts über eine Reihe wichtiger finanz- und wirtschaftspolitischer Fragen fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Kabinettsberatungen wird ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen, das von den zuständigen Ressorts in der Zwischenzeit abgehandelt gemacht worden ist. Ferner wird sich das Kabinett mit der Verabschiedung des Reichshaushaltspostens beschäftigen, der am 9. Mai dem Reichstag vorliegen soll.

Haushaltswurf ohne Tributzahlungen.

In den Verhandlungen, die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den übrigen Reichsministerien über den Haushalt geführt wurden, hat sich, wie von unterrichteter Seite verlautet, herausgestellt, daß ein Haushalt mit solchen Ziffern nicht aufgestellt werden konnte. Das Reichskabinett wird über die Ansetzung einer ganzen Reihe von Steuern in ihren wahrscheinlichen Einnahmen, über Ausgabenentlastungen, über sehr wichtige grundsätzliche Fragen der Ausgabenentlastung selbst zu entscheiden haben. Es scheint schon ein Beschluß des Kabinetts vorzuliegen, wonach Tributzahlungen in den Haushalt nicht eingeschrieben werden. In welcher Höhe der Haushalt abschließen werde, steht noch nicht fest. Es habe sich herausgestellt, daß im letzten Jahr die

Schätzungen für die Steuern wesentlich zu hoch waren. So sei bei der Umsatzsteuer weniger als bei dem Anfang eingeplant. Bei der Einkommensteuer seien statt 325 Millionen in elf Monaten nur 170 Millionen Mark eingegangen, so daß im Höchstfall nur etwa 190 Millionen Mark an Umsatzen erreicht werden könnten. Die Einkommensteuer habe trotz der Herabsetzung den erwarteten Ertrag nicht gebracht. Einigermassen ertragsfähig sei nur die Einkommensteuer gewesen. Wahrscheinlich

werde das Kabinett die Steuern wesentlich niedriger ansetzen müssen, als die Einnahmen im Jahre 1931/32 waren. Das würde dann eine weitere Kürzung von Ausgaben bedeuten. Eine Kürzung aller Sachausgaben um mindestens 15 Prozent stehe fest. Dabei könnten die Ausgaben im Reichswirtschaftsministerium nicht weiter gekürzt werden, weil die äußerste Grenze erreicht sei. Wahrscheinlich werde der Haushalt formal mit Einnahmen und Ausgaben unter 8,5 Milliarden abschließen.

Steuernfreie Millionenanleihe für Arbeitsbeschaffung.

Ausdehnung der Arbeitsdienstplicht? Um die für die Durchführung des Arbeitsprogramms des Reichskabinetts erforderlichen Mittel herbeizuschaffen, ist die Auflegung einer großen Prämienanleihe, man spricht von mehreren hundert Millionen, geplant, die ähnlich wie die seinerzeitige Reichsbahnleihe mit besonderen Vorzügen ausgestattet werden soll. Der Vorzug soll nach den bisherigen Absichten im wesentlichen in einer möglichst weitgehenden Steuerbefreiung liegen. Einzelheiten über den Gewinnplan liegen noch nicht fest, doch soll mit der Rückzahlung bereits nach verhältnismäßig kurzer Zeit begonnen werden. Unter Hinweis auf den Erfolg der seinerzeitigen Reichsbahnleihe ist man in unterrichteten Kreisen auch hinsichtlich des Ergebnisses dieser Anleihe guter Hoffnung. Im Zusammenhang mit dieser Frage wird sich das Reichskabinett dann weiter mit dem

Problem der Arbeitsdienstplicht oder, wie man an unterrichteter Stelle sich auszudrücken vorzieht, des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigen. Inwieweit eine Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes angestrebt werden kann, ist natürlich in der Hauptsache eine finanzielle Frage. Wenn den Schuldenlasten die Möglichkeit gegeben werden soll, sich im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes zu betätigen, so wird die Regierung nicht umhin können, ihnen vielleicht über die für die Arbeitsloshauszahlungen festgesetzte Frist hinaus ein Existenzminimum zu gewährleisten.

Die Entscheidungen in der Zentrumspartei

Bereit zur Zusammenarbeit. Über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der deutschen Zentrumspartei wird vom Zentrum ein Bericht ausgegeben, in dem es u. a. heißt, daß bei der Besprechung des Ergebnisses der Länderwahlen mit Genehmigung und Dank festgesetzt wurde, daß durch die Treue der Wähler die Fortführung einer aufbauenden, nationalen Reichspolitik gewährleistet sei. Dem Reichskanzler, der für kurze Zeit der Sitzung beiwohnte, wurde der Dank für seine tatkräftige Vertretung des deutschen Standpunktes in Genf zum Ausdruck gebracht. Als einmütige Auffassung kam zum Schluß zum Ausdruck, daß in den kommenden politischen Verhandlungen die letzte Entscheidung der Reichsparteileitung vorbehalten bleibt.

Die parteiamtliche Mitteilung der Zentrumspartei über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der Zentrumspartei wird parteiamtlich u. a. berichtet: Zur Erörterung standen die sachlichen Fragen, die die deutsche Politik in der nächsten Zeit zu bewältigen hat: vor allem die außenpolitischen Ziele, Stärkung der Binnenwirtschaft, die Frage der Arbeitsbeschaffung, der Siedlung und des freiwilligen Arbeitsdienstes. In der Lösung dieser sachlichen Aufgaben sieht die Zentrumspartei allein die Gewähr für eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise und für einen außenpolitischen Erfolg, der die Freiheit und volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes in sich schließt. In dieser parteiamtlichen Mitteilung verlautet von unterrichteter Seite ergänzend, daß sich das Zentrum nach wie vor bereit erklärt, im Sinne des bekannten Aufrufs des Vorsitzenden der Preussischen Zentrumspartei mit allen den Gruppen zusammenzuarbeiten, die sich auf dem Boden der Verfassung zur Mitarbeit bereit finden.

Kammerwahlen in Frankreich.

Ruhiger Verlauf bei starker Wahlbeteiligung. Die Kammerwahlen in Frankreich gingen in voller Ruhe und Ordnung vor sich. Das Pariser Straßenbild zeigt trotz des Zusammenfassens der Wahl mit dem 1. Mai fast nicht von dem üblichen Sonntagsbild ab.

Überall haben Gemüsehändler, Malgöcherverkäufer und andere ihre Stände aufgeschlagen. Nichts deutet darauf hin, daß Millionen von Wählern über die künftige Zusammenfassung der französischen Regierung bestimmen. Auffallend ist das geringe Aufgebot an Politikern. Vor den Wahlplätzen haben sich nur wenige Neugierige angesammelt. Da man in Frankreich nicht für eine Partei, sondern für einen Kandidaten stimmt, wird auch die ganze Wahlpropaganda auf persönliches Gebiet hinübergezogen. Die Kommunisten bedienen sich bei ihrer Propaganda des Bildes des deutschen Reichspräsidenten, um die Politik der Sozialisten zu brandmarken, die 1925 gegen ihn und 1932 für ihn gestimmt hätten.

Soweit sich beurteilen läßt, scheint die Wahlbeteiligung mindestens 80 Prozent zu betragen. Eine Vorhersage über den Ausgang der Wahl zu machen, erscheint verfrüht, obwohl man allgemein mit einem wenn auch nicht starken Linksruck rechnet. Das endgültige Ergebnis ist nicht vor Montag zu erwarten.

Absage Herriots an Lardieu. In Paris und in der Provinz ist die Wahlbeteiligung äußerst reger gewesen, so daß man im Durchschnitt mit mindestens 80 Prozent rechnet. Zu freudigen Ausschreitungen ist es, soweit bisher bekannt, nirgends gekommen. Bei den Radikalsocialisten rechnet man zuversichtlich mit einem bedeutenden Mandatszuwachs der Partei, die voraussichtlich die stärkste Gruppe in der Kammer darstellen dürfte. Herriot selbst gab einem Vertreter des „Paris Soir“ eine Erklärung ab, die keinen Zweifel mehr darüber läßt, daß die Radikalsocialisten nicht geneigt sind, mit den äußersten Rechtsgruppen der Kammer gemeinsame Sache zu machen. Der ehemalige Ministerpräsident erklärte, daß die letzte Wahlrede Lardieus in Velfort die Brücke zwischen seiner Partei und der Regierungsmehrheit endgültig abgebrochen habe. Er werde auch im zweiten Wahlgang seine Anhänger und Kandidaten verteidigen und für die Aufrechterhaltung der republikanischen Disziplin sorgen.

Lardieu, Herriot und Reynaud wiedergewählt. Der Justizminister Paul Reynaud, der in Paris kandidiert, ist mit großer Mehrheit gewählt worden. Herriot wurde in Lyon ebenfalls mit überwältigender Mehrheit erwählt, ebenso in Velfort der französische Ministerpräsident.